

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

Im Jahr 1983 handelten der Chef der Abteilung Kommerzielle Koordinierung (KoKo), Alexander Schalck-Golodkowski, und der bayerische Ministerpräsident, Franz Josef Strauß, einen Milliardenkredit aus, der die DDR vor dem Staatsbankrott bewahrte. Die im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) für die Überwachung der Volkswirtschaft zuständige Hauptabteilung XVIII analysierte die Risiken und Probleme des Volkswirtschaftsplans 1983.

Anfang der 80er Jahre herrschte weltweit eine wirtschaftliche Krisenstimmung. Brisant war die Situation in den Ostblockstaaten. Die Versorgungslage der Bevölkerung war kritisch, die hohen Schulden im Ausland trieben die sozialistischen Staaten zunehmend in den Ruin. Polen erklärte sich bereits 1981 für bankrott, die DDR stand unmittelbar davor. Allein zur Finanzierung ihrer Verbindlichkeiten im Ausland benötigte sie dringend weitere Devisen und neue Kredite, die ihr aber westliche Banken inzwischen verwehrt.

Umso überraschter war die Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Mauer, als am 1. Juli 1983 ein westdeutsches Bankenkonsortium unter der Führung der Bayerischen Landesbank der DDR einen Milliardenkredit gewährte. Eingefädelt und vorbereitet hatten ihn der bayerische Ministerpräsident, Franz Josef Strauß, und der Chef der Abteilung KoKo im Ministerium für Außenhandel der DDR, Alexander Schalck-Golodkowski.

Auf Kosten des inländischen Konsums und damit der Versorgung der Bevölkerung verordnete die SED-Führung Ende 1982 eine drastische Drosselung der Importe und eine massive Steigerung der Exporte. Es ging um schnelle Geschäfte, um so viel Export wie möglich – von Grundnahrungsmitteln wie Butter und Fleisch genauso wie von Produkten, die im Westen absatzfähig waren.

Erich Honecker äußerte sich im November des Jahres in einer Politbürositzung folgendermaßen: "Das Entscheidende ist, dass unsere Wirtschaft das produziert, was abgesetzt werden kann und daß nicht auf Lager produziert wird". Investitionen an den maroden Produktionsanlagen hatten bei diesen Planungen keine Priorität. Vorrangiges Ziel war die zügige Ausweitung der Produktion für den Westexport mit Hilfe von Neuanlagen, die umfangreiche Beschaffung von Devisen und die Suche nach neuen Geldgebern. Entsprechend waren die SED-Vorgaben für das Jahr 1983. Erneut wies die HA XVIII in ihren Berichten ausführlich auf die schwierige Lage hin und betonte Risiken, Probleme und "irreale" Vorgaben des Volkswirtschaftsplans 1983: "Die Sicherung der Zahlungsbilanz mit dem NSW erfordert es, einen Exportüberschuß von 9,3 Mrd VM zu erwirtschaften. Das ist mehr als das Doppelte als im Jahr 1982. Der geplante Zuwachs im NSW-Export mit 3,7 Mrd VM ist der höchste, der jemals angesetzt wurde. Mehr als das Doppelte des Zuwachses an Nationaleinkommen muß für den Export eingesetzt werden".

Signatur: BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 20846, Bd. 5, Bl. 447-462

Metadaten

Datum: 4.11.1982

Rechte: BStU

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU
0447

Berlin, 4. November 1982

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 19831. Charakteristik des Planvorschlages 1983

Im Ergebnis der Beratungen, die am 21. und 22. 10. 1982 mit den Ministern und Generaldirektoren durchgeführt wurden, hat die Staatliche Plankommission am 24. 10. 1982 einen neuen Vorschlag erarbeitet, der Grundlage für die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1983 ist. Mit diesem Vorschlag wurden die bisherigen Zielstellungen der staatlichen Aufgabenstellung für den Plan 1983 bei wichtigen Hauptkennziffern verändert.

	<u>Staatliche Aufgabe 1983</u>	<u>Vorschlag vom 24.10.82</u>	<u>Differenz</u>
produziertes National- einkommen (Mrd M)	206,4	202,6	././ 3,8
verwendetes National- einkommen (Mrd M)	183,5	193,9	+ 10,4
Ind. Warenproduktion Volkswirtschaft ges. (Mrd M)	450,5	440,5	././ 10,0
Export SW (Mrd M VGW)	50,9	50,9	-
Export NSW (Mrd VM)	23,0	19,7	././ 3,3
Investitionen ges. (Mrd M)	47,7	46,6	././ 1,1
Arbeitsproduktivität (TM je VbE)	111,0	108,4	././ 2,6
Bereitstellung von Fertig- waren für die Bevölkerung (Mrd M)	81,2	80,2	././ 1,0
Warenfonds für die Be- völkerung (Mrd M)	104,0	103,4	././ 0,6

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU
0448
2

Die entscheidenden Veränderungen sind:

- Die industrielle Warenproduktion wurde um 10 Mrd M reduziert. Das hat Auswirkungen auf das produzierte Nationaleinkommen, das um rund 4 Mrd M herabgesetzt wurde.
- Die Planzielstellung für den NSW-Export ist um 3,3 Mrd VM abgesenkt worden. Das entspricht einem verteilbaren Endprodukt von etwa 7,5 Mrd M. Dadurch steht ein größeres, im Inland verwendbares Nationaleinkommen als bisher angenommen zur Verfügung.

Entscheidend für die Korrektur der staatlichen Aufgabe war, daß der ursprünglich vorgesehene NSW-Export absatzseitig unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise nicht real war und darüber hinaus die materiell-technische Sicherung der bisherigen Leistungsziele nicht gewährleistet werden konnte.

Der Planvorschlag 1983 hat gegenüber den Volkswirtschaftsplänen der Vorjahre folgende Besonderheiten:

- Die Sicherung der Zahlungsbilanz mit dem NSW erfordert es, einen Exportüberschuß von 9,3 Mrd VM zu erwirtschaften. Das ist mehr als das Doppelte als im Jahr 1982. Der geplante Zuwachs im NSW-Export mit 3,7 Mrd VM ist der höchste, der jemals angesetzt wurde. Mehr als das Doppelte des Zuwachses an Nationaleinkommen muß für den Export eingesetzt werden. Daraus entsteht, daß nur 95,7 % des produzierten Nationaleinkommens für die Verwendung im Inland eingesetzt werden können. 1983 wird die bisher höchste negative Differenz zwischen produziertem und im Inland verwendetem Nationaleinkommen auftreten.
- Die geringere Verfügbarkeit des Nationaleinkommens hat negative Auswirkungen auf die Akkumulation und Konsumtion.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU
0449
3

- . Mit 16,7 % ist im Planvorschlag die niedrigste Akkumulationsrate seit über 20 Jahren angesetzt.
- . Erstmals sind im Planvorschlag keine Zuwachsraten für den Warenfonds der Bevölkerung vorgesehen.
- Die bisher höchsten Anforderungen werden an die Energie- und Materialökonomie gestellt. Die Senkungsraten für den spezifischen Verbrauch von Energieträgern, Roh- und Werkstoffen sollen 9,6 % betragen. Bei einigen Materialarten, z. B. bei Walzstahl, verringert sich die bereitgestellte Menge auch absolut. Gleichzeitig sieht der Planvorschlag eine Erhöhung der Nettoproduktion auf 110,9 % vor.

Entscheidenden Einfluß auf diese Entwicklung haben die Maßnahmen, die zusätzlich erforderlich werden, um den Auswirkungen des Wirtschaftskrieges der aggressiven imperialistischen Kreise gegen unser Land zu begegnen. Die Sicherung der Zahlungsbilanz mit dem NSW, der auch in diesem Planvorschlag das Primat eingeräumt wurde, steuert zunehmend alle anderen Eckpunkte der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Die Exporterfordernisse übersteigen das gegenwärtige Leistungsvermögen der Volkswirtschaft.

2. Grundanforderungen an den Plan

- a) Gewährleistung einer störungsfreien materiellen Produktion und ihrer dynamischen Entwicklung

Entscheidend für eine störungsfreie Produktion und für die Erreichung der geplanten Leistung ist die materiell-technische Sicherung, die immer mehr zu einer Grundfrage der volkswirtschaftlichen Entwicklung wird. Bereits im Jahr 1982 sind größere Produktionsstörungen durch das Fehlen von Rohstoffen, Material und Halbprodukten ausgelöst worden.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU
0450

4

Maßgeblich wurde die ungenügende materiell-technische Sicherung durch folgende Faktoren beeinflusst:

- Zunehmend exportiert die DDR zur Sicherung der Zahlungsbilanz Rohstoffe, Material und Halbprodukte in das NSW, ohne daß sich gleichzeitig das Rohstoffaufkommen entsprechend erhöht. Von 1970 bis 1981 stieg der Export von Roh- und Grundstoffen von 0,7 Mrd M auf 4,3 Mrd M. Hierbei sind solche bedeutenden Exporte wie Lebensmittel, Vieh, Holz und Baustoffe noch nicht berücksichtigt. 1982 hat dieser Export weiter zugenommen, und auch im Jahr 1983 ist keine Änderung dieser Tendenz zu erwarten, weil sich gerade beim Rohstoffexport relativ gute Preise zu günstigen Zahlungsbedingungen erzielen lassen.
- Zur Sicherung der Zahlungsbilanz müssen 1982 bedeutende Einsparungen der geplanten NSW-Importe erfolgen. Der im Volkswirtschaftsplan festgelegte NSW-Import in Höhe von 13,7 Mrd VM wurde durch Beschlüsse auf 11,3 Mrd VM reduziert. Die Importeinsparungen betrafen auch in einem großen Umfang Rohstoffe und Material, für die kurzfristig keine Ausweichlösungen in der eigenen Volkswirtschaft gefunden werden konnten. Es traten Produktionsstörungen auf. Für 1983 sieht der Planvorschlag eine weitere Verringerung des NSW-Importes für die materiellen Zweige um 1,2 Mrd VM (16 %) vor. Die Auswirkungen dieser Reduzierung auf die Volkswirtschaft sind bisher nicht abschließend berechnet und bilanziert.
- Im Jahr 1982 traten zunehmend Schwierigkeiten beim Import von Rohstoffen aus den sozialistischen Ländern auf, die durch die wirtschaftliche Lage in diesen Ländern selbst, aber auch dadurch begründet sind, daß die DDR spezielle Exporterzeugnisse zur Bezahlung dieser Rohstofflieferungen nicht bereit stellen konnte.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU
0451
5

Auch für das Jahr 1983 ist die Bereitstellung von Exportwaren für die sozialistischen Länder noch nicht gesichert. Anfang November fehlten zu den Planzielstellungen 1983 Waren in folgender Größenordnung:

CSSR	ca. 570 Mio M
VRP	390 Mio M
SFRJ	350 Mio M
SRR	340 Mio M

- Als Folge der Diskontinuität der Produktion wächst die Disproportionalität und die Höhe der Materialbestände in der Industrie. Diese Bestände sind für die Volkswirtschaft blockiert. Ende August 1982 betrugen die außerplanmäßigen Bestände in der Industrie rund 3 Mrd M. Gleichzeitig gab es Unterplanbestände in ausgewählten Materialarten für rund 1 Mrd M.

Von dieser Lage ausgehend schätzen wir ein, daß im Jahr 1983 keine prinzipielle Verbesserung der materiell-technischen Sicherung der Produktion zu erwarten ist, wenn nicht Korrekturen in der Arbeitsrichtung, vor allem beim Rohstoffexport und zur Verbesserung der Bedingungen für den Rohstoffimport aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet, eingeleitet werden. Unserer Auffassung nach kann sich die Lage noch komplizieren, weil die planmäßige Bereitstellung von Roh- und Werkstoffen im Jahr 1983 weiter verringert werden soll. So soll gegenüber dem Jahr 1982 entsprechend dem Planvorschlag die Bereitstellung wichtiger Roh- und Werkstoffe weiter eingeschränkt werden.

Walzstahl	um rund 400 kt auf 93,7 %
Blei	um 6 kt auf 92,1 %
Steinkohle	um 800 kt auf 84,9 %
Heizöl	um 2 100 kt auf 49,7 %
Dieselmkraftstoff	um 250 kt auf 93,0 %
Vergaserkraftstoff	um 45 kt auf 91,4 %

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

6 BSTU
0452

Diese Senkungsraten, die in einzelnen Kombinat~~en~~ noch bedeutend höher sind, werden bisher wissenschaftlich-technisch nicht beherrscht. Das hat negative Wirkungen auf das Leistungsangebot zum Plan 1983 und schafft weitere Unsicherheiten für eine kontinuierliche und effektive Plandurchführung im Jahr 1983.

Wir haben eine Berechnung der Verbrauchsentwicklung für Heizöl, Dieselmotorkraftstoff und Vergasermotorkraftstoff vorgenommen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse 1982 und aller in Beschlüssen festgelegten Maßnahmen zur sparsamen Verwendung eine Vorausschau für das Jahr 1983 erarbeitet. Die Ergebnisse lassen den Schluß zu, daß die im Planvorschlag 1983 vorgegebenen Zielstellungen sowie ihre Berechnungsbasis nicht real sind. Wir schätzen ein, daß für die Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben im Jahr 1983

160 kt Dieselmotorkraftstoff
40 bis 60 kt Vergasermotorkraftstoff
670 kt Heizöl

mehr gebraucht werden als der Plan vorsieht.

Eine zunehmende Komplizierung der Lage ist 1983 in der landwirtschaftlichen Produktion zu erwarten. Die im Vorschlag zur Planausarbeitung vorgegebenen Zielstellungen für die landwirtschaftliche Produktion und für ihre materielle Sicherstellung sind unreal. Folgendes staatliches Aufkommen ist vorgesehen:

Schlachtvieh insgesamt	2.200 kt
Schlachtvieh Sondergeschäft	300 kt
Milch (4 % Fett)	6.500 kt
Eier	4.790 Mio Stück

Diese Planzielstellungen liegen um 90 kt Schlachtvieh, 150 kt Milch und um 90 Mio Stück Eier über den vom Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft berechneten Produktionsmöglichkeiten.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

7 BSTU
0453

Das Hauptproblem aber ist, daß die für die planmäßige Produktion notwendigen Futtermittel nicht zur Verfügung stehen. Die Trockenheit im Jahr 1982 hat einen bedeutenden Futterausfall zur Folge. Für die Winterfütterung stehen nur

76 % Silagen
90 % Heu und Trockengrüngut
81,5 % Grobfutter
89,8 % Konzentratfutter

zur Verfügung. Eine Erhöhung des Futtermittelaufkommens aus Importen ist wegen fehlender Finanzierungsmöglichkeiten bis auf das geplante Sondergeschäft zur Zeit nicht vorgesehen.

Zur Sicherung der für das IV. Quartal und für das 1. Halbjahr 1983 geplanten Tierproduktion fehlt zur Zeit Futterenergie von rund 2 Mio t Getreideeinheiten. Das hat folgende Auswirkungen:

- Der Planrückstand in der Milchproduktion wird sich im IV. Quartal 1982 von 300 kt per 30. 9. 1982 voraussichtlich auf 440 bis 480 kt erhöhen. Im I. Quartal 1983 wird eine weitere Zuspitzung der Lage eingeschätzt, weil durch Futtermangel die Körpersubstanzreserven der Kühe verbraucht sind. Die voraussichtliche Milchproduktion wird im I. Quartal 1983 1,2 bis 1,3 Mio t betragen. Das sind etwa 85 % der Leistung des I. Quartals 1982. Für die Versorgung der Bevölkerung wird aber eine Milchproduktion von etwa 1,4 Mio t gebraucht. Aus der voraussichtlichen Mindermenge ist eine geringere Bereitstellung von 5 bis 10 kt Butter im I. Quartal 1983 zu erwarten.
- Ende August 1982 hatte sich gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres der Bestand
 - an Mastschweinen um 700 TStück auf 88,9 %
 - an Mastrindern um 100 TStück auf 85,5 %verringert.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

8 BSTU
0454

Ende September betrug der Planrückstand bei Schlachtvieh 30 kt. Die kritische Grenze für die Versorgung der Bevölkerung liegt bei 60 kt. Um zum Jahresende 1982 diese Größenordnung nicht zu überschreiten, müßten beginnend im September bis zum Jahresende 5,4 Mio Stück Schweine und 400 TStück Mast- rinder geschlachtet werden. Das sind alle am 31. 8. 1982 vorhandenen Mastschweine und 68 % der vorhandenen Mastrinder. Eine solche Entscheidung würde aber tiefgreifende Wirkungen und Folgen für 1983 und später haben. Sie ist deshalb auszuschließen. Der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft rechnet damit, daß sich die Planrückstände bei Schlachtvieh bis zum Jahresende auf 100 bis 120 kt erhöhen werden. Wenn die Bevölkerungsversorgung gesichert werden soll, dann sind hier kurzfristig Entscheidungen zu den bisher noch geplanten Exporten in das NSW zu treffen.

Im 1. Halbjahr 1983 wird, ausgehend von der gegenwärtigen Lage, mit einem Schlachtviehaufkommen von 0,9 bis 1,0 Mio t gerechnet. Das voraussichtliche Fehlbetrag zum geplanten Aufkommen wird 110 bis 180 kt betragen.

Um diese Gesamtproblematik zu beherrschen, ist es nach Berechnungen des Ministers für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft notwendig, zusätzliches Futtergetreide aus Importen bereitzustellen.

1,1 Mio t Getreide, um die Planzielstellungen 1983 materiell sicher zu machen.

0,5 Mio t Getreide, um die 1982 eingetretenen Produktionsrückstände aufzuholen und sie 1983 nachzuliefern.
Darüber hinaus muß noch eine Lösung gefunden werden, um die KIM-Betriebe mit 240 kt Futter zu versorgen.

Der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft hat entsprechende zusätzliche Importe gefordert. In den Vorschlag für den Plan 1983 wurden diese Importe nicht eingeordnet, weil sie volkswirtschaftlich nicht bilanzierbar sind.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU
0455
9

Wir sind der Auffassung, daß von dieser Lage in der Landwirtschaft bedeutende Störungen für die Versorgung der Bevölkerung wie auch für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgehen werden. Die Staatliche Plankommission muß veranlaßt werden, nochmals die Lage und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten einzuschätzen und eine strategische Konzeption zu erarbeiten, wie die Bevölkerung versorgt und gleichzeitig der Export und Import von Fleisch, Butter und Eiern entwickelt werden soll. Ausgehend von dieser Konzeption müssen unserer Auffassung nach für die landwirtschaftliche Produktion und ihre Verteilung die Prämissen des Planvorschlages 1983 korrigiert werden.

Diese dargestellten Fragen der materiell-technischen Sicherung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion schätzen wir als die Hauptprobleme für die Gewährleistung der geplanten Produktion und ihrer dynamischen Entwicklung ein. Hierzu müssen neue Entscheidungen getroffen werden, um Störungen im Jahr 1983 entgegenzuwirken. Es gibt auch komplizierte Fragen auf anderen Gebieten, die aber noch in der Verantwortung der Ministerien beherrschbar sind.

b) Fragen der Versorgung der Bevölkerung

Der Planvorschlag 1983 setzt das Ziel, für die Versorgung der Bevölkerung einen Warenfonds von mindestens 103,4 Mrd M bereitzustellen. Das entspricht etwa der voraussichtlichen Erfüllung 1982. Diese Zielstellung beinhaltet bereits einen Wertzuwachs von rund 2 Mrd M EVP, der durch Verbesserung der Gebrauchswerte der Erzeugnisse realisiert werden soll. Zur Zeit sind erst für 102 Mrd M Erzeugnisse bilanziert. Die Staatliche Plankommission orientiert darauf, durch Nutzung aller Reserven das Leistungsangebot für den geplanten Warenfonds für die Bevölkerung zu vergrößern.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

10 BSTU
0456

Das Hauptproblem dieses Warenfonds besteht darin, daß

- erstmalig bereits vom Plan her kein Wachstum mehr zwingend vorgegeben wird und
- sich gleichzeitig die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung auf 102 % erhöhen und damit um 2,6 Mrd M zunehmen.

Damit sollen auch im Jahr 1983, wie bereits in diesem Jahr, die Nettogeldeinnahmen schneller als die Warenfonds wachsen. Es entsteht ein zusätzlicher Kaufkraftüberschuß.

Die zunehmende Kaufkraft der Bevölkerung wird bereits im Jahr 1982 nicht mehr ausreichend durch den verfügbaren Warenfonds abgeschöpft. Das spiegelt sich in den Zuwachsraten des Einzelhandelsumsatzes wider, die seit 1981 beträchtlich zurückgegangen sind. Während die Zuwachsraten im Zeitraum

1966/70	4,6 %
1971/75	5,0 %
1976/80	4,1 %

betragen, lagen sie 1981 nur noch bei 2,5 % und per 30. 9. 1982 bei 0,6 %. Besonders stark war in diesem Jahr die rückläufige Entwicklung beim Umsatz von Industriewaren, der unter dem Niveau von 1981 liegt.

Über die Erzeugnisstruktur des Warenfonds kann gegenwärtig wenig gesagt werden. Sicher ist jedoch, daß die Linie fortgesetzt wird, neben den Rohstoffexporten vor allem Konsumgüter für den NSW-Export bereitzustellen und dadurch die Bildung des Warenfonds für die Bevölkerung zu komplizieren. Das wird durch folgende Feststellung verstärkt:

Ende September wurde beim Staatssekretär in der Staatlichen Plankommission, Genossen Klopfer, über die Sicherung des Aufkommens für Erzeugnisse der Leichtindustrie beraten.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU 11
0457

Bei Strumpfwaren für Herren, Damen und Kindern lag der Aufkommensnachweis zwischen 54 und 78 %. Bei Untertrikotagen lag der Anteil bei 66 % und bei Bettwäsche für Erwachsene nur bei 19 %. Bei vielen Erzeugnisgruppen werden mit den angebotenen Mengen die Versorgungsgrößen der staatlichen Aufgaben 1983 nicht erreicht. So u. a. bei Kindersportwagen, Trinkgläsern, Haushaltgefrier- und Kälteschränken. Es wurde entschieden, an dieser ganzen Problematik weiter zu arbeiten und Lösungen zu suchen.

Die Unsicherheiten dieses Warenfonds sind in qualitativer wie quantitativer Hinsicht noch beträchtlich. Sie werden unserer Auffassung nach noch verstärkt durch die Wahrscheinlichkeit, daß beginnend im I. Quartal 1983 zur Sicherung der Zahlungsbilanz und des Bargeldaufkommens wie bisher auch außerplanmäßige Eingriffe in den Warenfonds vorgenommen werden. Das ist deshalb zu erwarten, weil auch bei voller Erfüllung der geplanten Exportziele im I. Quartal 1983 ein Bargelddefizit von 2,5 Mrd VM besteht, für das es bisher keine Lösungen gibt. Aus der Lage heraus müssen dann zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit Waren angeboten werden, die schnell zu verkaufen sind, und das sind erfahrungsgemäß in besonderem Maße Konsumgüter, die ursprünglich für die Versorgung der Bevölkerung bereitgestellt waren.

Was die Stabilität der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln betrifft, so werden hier Maßnahmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion notwendig, wie sie bereits dargestellt sind.

Insgesamt schätzen wir ein, daß der gegenwärtige Planvorschlag für die Versorgung der Bevölkerung im Jahr 1983 keine Sicherheiten schafft, um den Erfordernissen zur Gewährleistung der inneren Stabilität Rechnung zu tragen.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

12

BSTU
0458

c) Die Sicherung der Zahlungsbilanz mit dem NSW

Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW ist der Kern des ganzen Planvorschlages 1983. Diese Aufgabe beeinflußt alle anderen wichtigen Hauptkennziffern, 1983 sollen

ev. mehr! ~26,7%!
der Export in das NSW auf 19,7 Mrd VM (123,5 %) gesteigert und
der Import aus dem NSW auf 10,35 Mrd VM (93,1 %) verringert werden.

Höhere Exporte und niedrigere Importe, wie sie in der ursprünglichen staatlichen Aufgabe vorgesehen waren, werden als nicht real eingeschätzt. Deshalb ist im vorliegenden Planvorschlag eine Korrektur vorgenommen worden. Der noch immer beabsichtigte hohe Exportüberschuß von 9,35 Mrd VM ist notwendig, um 1983

- Rückzahlungen und Verpflichtungen in Höhe von 17 Mrd VM abzudecken,
- Zinsen in Höhe von 3,9 Mrd VM zurückzuzahlen und
- für die Anzahlung der geplanten Importe mindestens 2,6 Mrd VM aufzubringen.

Trotz des hohen angestrebten Exportüberschusses bleibt ein offenes Bargeldproblem von ca. 5 Mrd VM, für das es gegenwärtig keine Lösung gibt. Mit dieser Frage werden wir nach den vorliegenden Berechnungen bereits im Januar 1983 mit 1,8 Mrd VM, im I. Quartal 1983 mit 2,5 Mrd VM und ab August 1983 in voller Höhe konfrontiert. Hier muß unserer Auffassung nach darauf gedrängt werden, daß diese Frage mit dem Plan entschieden wird. Jede spätere operative Lösung führt zu Störungen der volkswirtschaftlichen Proportionen und der inneren Stabilität.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU
0459 13

Zur Zeit bestehende Vorstellungen, durch zusätzliche Exportverträge im I. Quartal 1983 über die Plangröße hinaus das Problem zu verschieben, halten wir für unreal. Gegenwärtig liegen für das gesamte Jahr 1983 erst 29,1 % Verträge und für das I. Quartal 1983 8,9 % Verträge zur Plangröße NSW-Export vor.

Ein weiteres Problem des NSW-Exportplanes 1983 besteht darin, daß die geplante Devisenrentabilität nicht erreicht wird. Die ursprüngliche staatliche Aufgabe 1983 sah eine Devisenrentabilität für das NSW von 0,528 vor. Diese Rentabilitätskennziffer wurde im neuen Planvorschlag auf 0,469 abgesenkt, weil die konkreten Marktbedingungen für ihre Realisierung nicht erreichbar sind. Durch diese Maßnahme war es notwendig, für 5 Mrd M mehr Endprodukt zu Lasten des Inlandes für den Export bereitzustellen. Bereits bei der Protokollierung zeigt sich aber, daß auch diese verringerte Devisenrentabilität nicht erreicht wird. Zur Zeit sind für etwa 18,5 Mrd VM Waren mit einem Devisenerlös von nur 0,440 protokolliert. Das zwingt zu einer weiteren zusätzlichen Bereitstellung von 7,2 Mrd M Endprodukt für den NSW-Export, wofür es gar kein geplantes Aufkommen gibt. Gegen welche Fonds dieser Zusatzexport gestellt werden soll, ist bisher durch die Staatliche Plankommission nicht entschieden. Die Stabilität der Plandurchführung erfordert das aber zwingend.

Insgesamt schätzen wir ein, daß mit dem gegenwärtigen Planvorschlag noch keine Garantien für die Zahlungsfähigkeit der DDR im Jahr 1983 geschaffen wurden. Mit der Erreichung der Planzielstellungen werden sich

- der Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten um 6,9 Mrd VM auf 20 Mrd VM und
- die Verbindlichkeiten um 5,5 Mrd VM auf 31 Mrd VM verringern. Der Swing von 770 Mio VM soll Ende 1983 mit 744 Mio VM in Anspruch genommen werden.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU
14 0460

Damit werden die Voraussetzungen verbessert, um bis 1985 den Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten zu halbieren. Es bleibt aber für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit als Problem bestehen:

- das bisher nicht geklärte Bargelddefizit von rund 5 Mrd VM,
- das fehlende Produktionsaufkommen zum Ausgleich der verringerten Devisenrentabilität und
- die Tatsache, daß die Exportplanzielstellung in ihrer Gesamtheit noch nicht erzeugniskonkret untersetzt ist.

3. Weitere Faktoren, die Einfluß auf die innere Stabilität und die Sicherheit der DDR gewinnen können

- a) In zunehmendem Maße wird unsere Wirtschaft an den kapitalistischen Markt gebunden. Das erhöht die Störanfälligkeit, verstärkt die Einflüsse des kapitalistischen Marktes und seiner Krisenerscheinungen auf unsere Planwirtschaft und richtet sich gegen die politische Grundorientierung der Festigung der ökonomischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern, vor allem mit der Sowjetunion. Unter dem Druck der Zahlungsbilanz mit dem NSW hat sich in den letzten Jahren die Tendenz verstärkt, daß die DDR immer größere Teile ihres Gesamtexportes und des Leistungszuwachses in das NSW lenkt.

Verteilung des Exportvolumens der DDR (Mrd Mark)

	1970	1975	1980	1981	1982 (Plan)
SW-Export	15,5	24,9	36,2	38,8	42,0
Anteil %	66,2	65,9	61,0	56,9	53,2
NSW-Export	7,9	12,9	23,2	29,4	36,9
Anteil %	33,8	34,1	39,0	43,1	46,8

SW-Export	15,5	24,9	36,2	38,8	42,0
Anteil %	66,2	65,9	61,0	56,9	53,2
NSW-Export	7,9	12,9	23,2	29,4	36,9
Anteil %	33,8	34,1	39,0	43,1	46,8

Der Anteil der Sowjetunion am Gesamtexport verringerte sich in diesem Zeitraum von 33,6 auf etwa 29 %.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

15 BSTU
0461

Diese Linie wird mit dem Planvorschlag 1983 weitergeführt.

- Der SW-Export soll sich um 4,6 Mrd M erhöhen und erreicht damit einen Anteil am Gesamtexport von nur noch 52,6 %.
- Der NSW-Export soll sich um 5,1 Mrd M erhöhen, wodurch sein Anteil am Gesamtexport der DDR auf 47,4 % ansteigt.

Diese Berechnungen wurden auf der Grundlage von Betriebspreisen durchgeführt, weil sich nur in ihnen der Wert der exportierten Waren einheitlich und vergleichbar widerspiegelt. Die häufig zu Valutapreisen angestellten Vergleiche halten wir für unrichtig, weil die unterschiedliche Devisenrentabilität des kapitalistischen und des sozialistischen Marktes zu Verzerrungen führt.

Allein eine quantitative Bewertung dieser Entwicklung läßt erkennen, daß die Möglichkeiten der DDR zur Finanzierung der Importe aus dem SW, vor allem der Rohstoffimporte, geringer geworden sind. Noch problematischer ist aber die qualitative Seite. Während die Sowjetunion, verstärkt in Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels, für ihre Rohstofflieferungen von den sozialistischen Ländern immer mehr qualitativ hochwertige Erzeugnisse erwartet, reichen die bei uns eingeleiteten Maßnahmen zur Erfüllung dieses Anspruchs bei weitem nicht aus. Im Planvorschlag 1983 wird zwar gesagt, daß die Produktion und die Lieferung solcher Waren an die Sowjetunion anzustreben ist, doch mangelt es an konkreten Maßnahmen. Die Wirtschaftspraxis zeigt, daß nach wie vor Qualitätserzeugnisse, die von der Sowjetunion dringend benötigt werden, in erster Linie für den kapitalistischen Markt produziert und bereitgestellt werden. Das erfolgt auch dann, wenn hierfür auf dem Markt nur schlechte Preise erzielt werden können. Wir sind der Auffassung, daß der gesamte Komplex der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern in Vorbereitung auf den Wirtschaftsgipfel nochmals gründlich durchdacht werden sollte.

Sicherheitspolitischer Standpunkt zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1983

BSTU
0462 16

Nur mit der Sowjetunion gemeinsam können wir die Aggression der imperialistischen Kreise und ihren Wirtschaftskrieg gegen unser Land abwehren. Einige Überlegungen zu diesem Fragenkomplex haben wir detailliert bearbeitet und in einem gesonderten Standpunkt niedergelegt.

- b) Eine zweite Frage, die unmittelbar die innere Stabilität und Sicherheit unseres Landes berührt, ist die der staatlichen Reserven. Im Jahr 1982 wurde die Staatsreserve bedeutend verringert. Die verfügbaren Bestände wurden vom 1. 1. bis 30. 9. 1982 um 1,3 Mrd M (55 %) reduziert. Für 770 Mio M sind Bestände der Staatsreserve im Jahr 1982 zur Erwirtschaftung von Valutamitteln eingesetzt worden. Mit einer weiteren Verringerung im IV. Quartal 1982 wird gerechnet. Seit der Gründung der Verwaltung Staatsreserve ist im Jahr 1982 die höchste Bereitstellung von Reserven erfolgt. Charakteristisch für das Jahr 1982 ist, daß für die abverfügten Bestände im Gegensatz zu den Vorjahren keine Wiedereinlagerung erfolgte. Für wichtige Erzeugnisse, wie z. B. Kupfer, Blei, Zinn, Aluminium, Fleisch, Zucker, Getreide und Ölfrüchte gibt es überhaupt keine Staatsreserve mehr. Für andere Erzeugnisse, wie Benzin, Dieselkraftstoff, Butter und Reis wurden die Normen für die Sollbevorratung bedeutend herabgesetzt. Die Bestände sind zum Teil nur noch gering. Durch diese Maßnahmen ist der Wirkungsmechanismus der Staatsreserve erheblich eingeschränkt worden, und es erhöht sich das Risiko von Störungen in der Volkswirtschaft. Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, Maßnahmen zur Stabilisierung der Staatsreserve einzuleiten und die hierzu notwendigen Schritte in den Plan 1983 aufzunehmen.

Bei der Ausarbeitung unseres Standpunktes zum Planvorschlag 1983 haben wir uns auf die Probleme konzentriert, die nach unserer Auffassung für die volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung sowie für die innere Stabilität das größte Gewicht haben. Eine über das Jahr 1983 hinausgehende Einschätzung der Auswirkungen des Planansatzes 1983 kann nicht vorgenommen werden, weil die hierfür notwendigen Eckzahlen für die Folgejahre zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorliegen.